

GRIECHENLAND

Gewerkschaftsmonitor 2019

April 2019

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Im August 2018 hat Griechenland das dritte Hilfsprogramm verlassen und steht seither finanzpolitisch wieder auf eigenen Beinen, wenn auch noch immer unter wachsamer Aufsicht seiner Gläubiger. Die tiefgehende wirtschaftliche Krise der vergangenen zehn Jahre hat sich massiv auf Gesellschaft und das politische System ausgewirkt, auch die Gewerkschaften sind empfindlich geschwächt. Die Hoffnung auf einen umfassenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Neuanfang nach den langen Krisenjahren hat sich schon lange verflüchtigt. Das politische System leidet unter wachsender Polarisierung. Dabei stehen populistische Diffamierung des politischen Gegners im Vordergrund, nicht aber eine parteiübergreifende Einigung auf Strategien für die Gestaltung der Zukunft des Landes. Das Ansehen der politischen Klasse insgesamt ist beschädigt, niemand im Land schenkt ihr noch Vertrauen.

Die Parteienlandschaft ist gekennzeichnet durch die Fragmentierung der politischen Mitte sowie durch eine Polarisierung der rechten und linken Ränder. Diese Tendenzen werden im diesjährigen Superwahljahr – Kommunal- und Europawahlen Ende Mai 2019, Parlamentswahlen vermutlich im Oktober 2019 – noch verstärkt. Die regierende SYRIZA-Partei von Ministerpräsident Tsipras verfügt nach dem Austritt der rechtspopulistischen ANEL-Partei aus der Regierungskoalition lediglich über 145 von 300 Mandaten und kann sich bei Abstimmungen nur noch auf wechselnde Bündnisse mit fraktionslosen Abgeordneten stützen. Grund für den Rückzug von ANEL war die Ratifizierung des Prespa-Abkommen zur Beilegung des Namensstreits mit (Nord-)Mazedonien.

Die monatelang emotional aufgeheizte Debatte um das Abkommen hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die griechischen Parteien. Sie führte zum Zerfall des sozialdemokratischen Lagers, das sich gerade erst als »Bewegung des Wandels« (KINAL) neu formiert hatte. Neben der sozialdemokratischen PASOK und einigen Kleinstparteien war die Mitwir-

kung der sozialliberalen Partei TO POTAMI von hoher symbolischer Bedeutung. Diese Partei ist mittlerweile wieder aus dem Bündnis ausgetreten, Grund waren Streitigkeiten um den autoritären Führungsstil der Vorsitzenden Fofi Gennimata und die Position zum Namensabkommen. Der verbliebene Rumpf von KINAL ist seither gespalten.

SYRIZA verliert zunehmend an Rückhalt unter den Wähler_innen, auch innerparteilich gibt es erbitterte Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Lagern der Partei. Viele Menschen, die sich von dem Sieg Tsipras' 2015 ein Ende von Sparmaßnahmen und Sparprogrammen erhofft hatten, haben sich inzwischen enttäuscht von ihm abgewandt. Davon profitiert die größte Oppositionspartei, die konservative Nea Dimokratia (ND) unter Parteiführer Kyriakos Mitsotakis. Doch auch sie wird im Falle eines Wahlsieges vermutlich nicht alleine regieren können.

Fakt ist, dass keine der Parteien konsistente Pläne für die Zukunftsfähigkeit des Landes vorlegt. Das Jahr 2019 steht im Zeichen eines populistisch geführten Dauerwahlkampfes, der bereits mit dem Austritt aus dem dritten Hilfsprogramm im August 2018 begonnen hat.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Nach Jahren der Rezession erholt sich die griechische Wirtschaft inzwischen, wenngleich nur zögerlich. Die Wachstumsprognosen für 2019 sind mit 2 bis 2,5 Prozent verhalten, bei den Menschen ist der zarte Aufschwung bisher kaum angekommen. Bis 2022 muss Griechenland einen jährlichen Primärüberschuss von 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung ausweisen, die schrittweisen Schuldenerleichterungen sind an diese Kondition geknüpft. Acht Jahre nach dem ersten Rettungspaket betragen die griechischen Schulden 190 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung, weiterhin die höchste Staatsschuldenquote in der Euro-Zone.

Es fehlen nach wie vor tiefgreifende Reformen, die Griechenland als Investitionsstandort attraktiv machen: eine moderne,

effiziente Verwaltung, unbürokratische Genehmigungsverfahren, ein modernes und verlässliches Steuersystem sowie die Umsetzung von lange angekündigten Privatisierungsvorhaben.

Spielräume der neuen Selbständigkeit nach Programmaustritt nutzt die Regierung nach eigenen Angaben dazu, die wirtschaftliche Entwicklung »sozial« und »inklusiv« zu gestalten und die Interessen schwächerer Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen. Zum Jahresende 2018 wurde ein Paket sog. »positiver Maßnahmen« zur Entlastung einer ausgewählten Gruppe von griechischen Haushalten verabschiedet – von den griechischen Medien als Wahlgeschenke verworfen und bei den Gläubigern erneutes Misstrauen verursachend.

An der sozioökonomischen Situation der meisten Griech_innen hat sich derweil wenig geändert. Zwar verzeichnete man im September 2018 mit 18,6% den niedrigsten Stand der Arbeitslosenquote seit acht Jahren. Trotzdem bleibt das Niveau der Erwerbslosigkeit das höchste im europäischen Vergleich. Die Entstehung neuer Jobs deutet eine leichte Erholung der Wirtschaft an, meist handelt es sich aber um prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Mehr als die Hälfte der neuen Jobs sind Teilzeitstellen, nicht selten mit saisonalem Charakter, wie in der boomenden Tourismusbranche. Im zurückliegenden Jahr verdienten ca. 14 Prozent der Beschäftigten weniger als 300 Euro im Monat und bewegten sich somit unterhalb der absoluten Armutsgrenze. Auch die Anzahl der Stellen mit Löhnen unterhalb des Mindestlohns von 586 Euro ist stark angestiegen: Etwa jede_r dritte im privaten Sektor Beschäftigte verdiente im vergangenen Jahr deutlich weniger als 600 Euro im Monat. Die stark gesunkenen Lohnkosten führten jedoch kaum zum erhofften Anstieg der Wettbewerbsfähigkeit, da diese Einsparungen weitgehend durch steigende Steuer- und Abgabelasten neutralisiert werden. Tausende in Griechenland ansässige, vor allem kleine und mittelständische Unternehmen meldeten deshalb in den vergangenen Jahren Bankrott an oder verlagerten ihre Produktion ins Ausland.

Gravierende Armut, fortschreitende soziale Ungleichheit und ein massiver Braindrain zählen zu den schwerwiegendsten Folgen der griechischen Krise. Junge, gut ausgebildete Menschen verlassen in Massen ihr Land. Griechenland verliert einen immer größer werdenden Teil seiner gut ausgebildeten und arbeitsfähigen Bevölkerung, was die Chancen für eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation weiter verringert.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Aktuelle Positionierung und gesellschaftliche Wahrnehmung der Gewerkschaften sind nur vor dem Hintergrund ihrer Rolle während der Krise zu verstehen.

Die flächendeckende Aufhebung von Tarifverträgen und die allgemeine Flexibilisierung der Arbeitswelt im Zuge der Hilfsprogramme hat die Gewerkschaften nachhaltig geschwächt. Die wichtigsten, dabei in ihrer Wirkung jedoch extrem ineffektiven Aktionen der drei großen Gewerkschaften ADEDY

(Dachverband der Arbeitnehmer_innen im öffentlichen Dienst), GSEE (Dachverband der Arbeitnehmer_innen im privaten Sektor) und PAME (Kommunistische Gewerkschaft) gegen die Sparmaßnahmen waren Generalstreiks. Frustration und Aussichtslosigkeit der Krisenjahre sowie die Tatsache, dass es in Griechenland kein Streikgeld gibt, haben allerdings zu einer wachsenden Streikmüdigkeit geführt.

Der vorerst letzte Generalstreik fand am 28. November 2018 statt, die getrennten Kundgebungen von GSEE und PAME spiegeln die Fragmentierung der griechischen Gewerkschaftsbewegung wider. Im Kern wurde die Rückkehr zum Mindestlohniveau von 2012 (751 Euro) unter Einbeziehung der Sozialpartner, die Stärkung der Tarifbindung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Verbesserung der Grundsicherung für Arme und die Bekämpfung der Steuerhinterziehung gefordert. Wenige Tage zuvor hatten die gesetzlich vorgesehenen, nicht bindenden Konsultationen mit den Sozialpartnern zur Anhebung des nationalen Mindestlohns stattgefunden, die von GSEE boykottiert wurden. GSEE fordert stattdessen autonome Verhandlung und Festlegung des Mindestlohns durch die Sozialpartner.

Anfang 2019 protestierten mehrere Wochen die Lehrkräfte im ganzen Land. Anlass war ein neues Gesetz des Bildungsministeriums, welches die Kriterien für die feste Anstellung von Lehrer_innen de facto aufweichte: Die Jahre der Berufserfahrung im Rahmen von Zeitverträgen sollten für eine Festanstellung nicht mehr relevant sein. Die Pädagog_innen verlangten dagegen eine sofortige Festanstellung, sofern das Kriterium der mehrjährigen Beschäftigung auf Zeit erfüllt war. Trotz der großen Demonstrationen wurde das Gesetz vom griechischen Parlament verabschiedet.

Ein klares Zeichen, dass sich die Gewerkschaften in einer sehr schlechten Phase befinden und extrem gespalten sind, war die de facto-Annullierung (und Verschiebung) des jährlichen GSEE-Kongresses Mitte März dieses Jahres: Am Tag der Eröffnung wurde der Saal von Mitgliedern der Gewerkschaft PAME gestürmt, sie besetzten mit Gewalt alle Sitze im Kongresssaal. Laut Aussage des GSEE-Vorsitzenden Panagopoulos wollte PAME diejenigen Gewerkschaften, die nicht von der kommunistischen Partei kontrolliert werden, in den Augen der Öffentlichkeit diskreditieren und herabwürdigen. PAME wiederum warf GSEE vor, sich zu sehr an den Interessen der Arbeitgeber_innen zu orientieren und neoliberale Positionen einzunehmen.

Alle drei großen Gewerkschaften haben eine interne Erneuerung versäumt und nicht nur an Durchsetzungskraft, sondern auch an Glaubwürdigkeit verloren. Kaum jemand denkt heute, dass sich seine Situation durch die Mitgliedschaft in einer dieser Gewerkschaften verbessern könnte, entsprechend niedrig ist der Organisationsgrad. In letzter Zeit geben freilich größere Kundgebungen von jungen Menschen abseits parteipolitischer Formierungen Aussicht auf alternative, innovative Bewegungen jenseits der traditionellen Gewerkschaften. Die weitere Entwicklung dieser Protestbewegungen wird zukünftig zu beobachten sein, noch ist es für Prognosen zu früh.

GEWERKSCHAFTEN IN GRIECHENLAND – FAKTEN UND DATEN

ENTWICKLUNG SEIT DEN 1970ER JAHREN

Die Gewerkschaften waren während der Militärdiktatur (1967–1974) nicht aktiv. In den ersten Jahren nach der Wiederherstellung der Demokratie wurden ihre Aktivitäten vom Staat stark kontrolliert. Das neue Gesetz zu den Gewerkschaften von 1982, das unter anderem Wahlverfahren nach dem Verhältniswahlrecht vorsah, kennzeichnete den Beginn einer für griechische Verhältnisse sehr aktiven Zeit für die Gewerkschaften, die bei der Politikgestaltung mitwirkten und am Sozialdialog teilnahmen. Die enge Verzahnung von (Regierungs-)Partei und Gewerkschaften zeichnete sich jedoch bereits damals ab und führte in der Folge zu einem jahrzehntelang gepflegten System des »Gebens und Nehmens«, welches bei dem hohen Anteil an Staatsangestellten auf Kosten der Staatskasse und somit aller Bürger_innen ging.

Erst 1990 wurde das System der vollen Tariffreiheit anerkannt. In den folgenden Jahren wurden erstmals flexible Arbeitsverträge eingeführt, die eine neue Kategorie von Beschäftigten hervorbrachte, die sowohl Flexibilität als auch Schutzlosigkeit auszeichnete. Diese prekär Beschäftigten waren zunächst nicht gewerkschaftlich organisiert. Seit Anfang der 2000er Jahre waren jedoch in verschiedenen Wirtschaftssektoren, unter anderem der Telekommunikation, dem Gastgewerbe, der Gebäudereinigung und den Kurierdiensten gewerkschaftliche Organisationsbestrebungen zu verzeichnen.

Der Machtverlust der Gewerkschaften begann 2010 mit dem Eintritt Griechenlands in die Hilfsprogramme und der Umsetzung zahlreicher Sparmaßnahmen sowie mit der rapide ansteigenden Arbeitslosigkeit. Parallel dazu nahm die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften rasant ab.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die sogenannte gewerkschaftliche Freiheit ist im Artikel 23 der griechischen Verfassung verankert: »Der Staat ergreift alle geeigneten Maßnahmen, um die gewerkschaftliche Freiheit und die ungehinderte Ausübung der damit verbundenen Rechte gegen jede Straftat im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu gewährleisten.« Die Gründung, die Ziele, die wirtschaftliche Autonomie und der Wahlprozess der Gewerkschaften werden vom Gesetz 1264/1982 bestimmt, das den Titel »Für die Demokratisierung der Gewerkschaften und die Gewährleistung der gewerkschaftlichen Freiheiten der Arbeitnehmer« trägt. Dieses Gesetz gewährleistet auch das Streikrecht und nennt die Voraussetzungen für die Ausübung dieses Rechtes (Art. 20). Im Jahr 2018 kam es zur Reform des Streikrechts, was die Gewerkschaften auf die Straße trieb. Es handelte sich um eine mit den Gläubigern im Rahmen der Anpassungsprogramme vereinbarte Maßnahme. Die Reform veränderte das geforderte Quorum, damit die Versammlung beschlussfähig ist: Es wurde von 1/3 der eingeschriebenen Mitglieder auf 1/2 erhöht. Nach wie vor wird mit relativer Mehrheit über einen Streik abgestimmt.

Die Aktivitäten von Gewerkschaften wurden während der Krise von der Regierung stark eingeschränkt. Im Januar 2013 wurde vom konservativen Ministerpräsidenten Antónis Samarás ein Streikverbot im Arbeitskampf der Metrobeschäftigten verhängt. Die Metroarbeiter_innen hatten trotz eines Gerichtsurteils, das den Ausstand für illegal erklärte, ihren Streik fortgesetzt. Ihr Widerstand richtete sich gegen drastische Gehaltskürzungen, Fahrpreiserhöhungen, Kündigungen und die Privatisierung des öffentlichen Personennahverkehrs. Den Beschäftigten war es daraufhin für eineinhalb Jahre untersagt, in Streik zu treten. Zur gleichen Disziplinarmaßnahme griff die Regierung in Mai 2013, als die Lehrer_innen während der panhellenischen Schulabschlussprüfungen einen Streik ausriefen.

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände des Landes

Bezeichnung	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Geniki Synomospondia Ergaton Ellados (GSEE) (The General Confederation of Greek Workers, GSEE)	Vorsitzender: Ioannis Panagopoulos Generalsekretär: Nikolaos Kioutsoukis	450.000 (geschätzt)	IGB, EGB
Anotati Dioikisi Dimosion Ypallilon (ADEDY) (Civil Servants' Confederation, ADEDY)	Vorsitzender: Ioannis Paidas Generalsekretär: Stavros Koutsoubelis	567.000 (geschätzt)	EGB
Panergatiko Agonistiko Metopo Ellados (PAME) (All Workers Militant Front, PAME)	Keinen Vorsitz, geleitet vom Exekutivkomitee	ohne Angaben	WGB

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften des Landes

Bezeichnung / Branche	Mitgliedschaft in der nationalen Dachgewerkschaft	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Omospondia Leitoyrgon Mesis Ekpaidefsis (OLME) (Federation of Secondary School Teachers, OLME)	AEDDY	Vorsitzender: Nikoforos Konstantinou Vizevorsitzender Theodoros Malagaris	55.000	ETUCE and Education International
Geniki Omospondia Prosopikou Didei (GENOP DEI) (General Federation of Workers in Public Power Company, GENOP DEI)	AEDDY	Vorsitzender: Adamidis Georgios Generalsekretär: Antonios Karras	nicht bekannt	ICEM (International Federation of Chemical, Energy, Mine and General Workers' Unions); EMCEF (European Mine, Chemical and Energy Workers' Federation)
Omospondia Syllogon Ypiresias Politikis Aeroporias (OSYPA) , Federation of Civil Aviation Authority Associations, OSYPA)	AEDDY	Vorsitzender: Vasilis Alevizopoulos Generalsekretär: Kostas Minas	nicht bekannt	ICAO (International Civil Aviation Organization)

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Gewerkschaften haben im Zuge der Krise massiv an Durchsetzungsfähigkeit verloren. Ihre Position im sozialpartnerschaftlichen Dialog ist extrem geschwächt, bei der Wahrnehmung ihrer zentralen Aufgaben sind sie auch nach dem Ausstieg Griechenlands aus den Hilfsprogrammen weiterhin an den Rand gedrängt.

Tarifverhandlungen fanden bis 2010 auf Branchenebene statt. Die Ergebnisse wurden für allgemeinverbindlich erklärt. Da die griechische Wirtschaft zum größten Teil aus kleinen und kleinsten Unternehmen besteht, die keinem Verband angehören, war die Allgemeinverbindlichkeit generelle Praxis, um ein Unterlaufen des Tarifs zu verhindern. Auf betrieblicher Ebene waren Tarifverhandlungen ebenfalls möglich, doch sie konnten den Flächentarif nicht unterschreiten (Geltung des Günstigkeitsprinzips). Insgesamt waren so ca. 90% aller Arbeitnehmer_innen von Tarifverträgen erfasst. Im Zuge der Austeritätspolitik wurden das Tarifvertragssystem sowie die Tarifautonomie de facto abgeschafft. Das gewerkschaftliche Verhandlungsmonopol wurde durch das Zulassen von nicht-gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretungen beim Abschluss von Unternehmenstarifverträgen aufgebrochen. Das Prinzip der Allgemeinverbindlichkeit wurde ausgesetzt, die Nachwirkung von Tarifverträgen von sechs auf drei Monate reduziert und die Begrenzung der Geltung von Tarifverträgen auf drei Jahre festgelegt. 2012 wurde der nationale Manteltarifvertrag de facto ausgesetzt, die Lohnentwicklung geriet in freien Fall. Der

Mindestlohn wurde in Folge einseitig von der Regierung festgelegt. Erst nach Ende der Hilfsprogramme im August 2018 leitete das Arbeitsministerium erste Schritte zur Wiederherstellung der Tarifautonomie ein. Laut Arbeitsministerium wurden bisher (Stand: Februar 2019) 11 Branchentarifverträge mit Allgemeinverbindlichkeit wiedereingeführt, von denen insgesamt mehr als 200.000 Beschäftigte betroffen sind.

2012 wurde die staatliche Festlegung des Mindestlohns beschlossen, der Mindestlohn von 750 Euro auf 586 Euro (für Arbeitnehmer_innen über 25 Jahre) bzw. 510 Euro (unter 25 Jahren) gesenkt. Auch nach dem Austritt Griechenlands aus den Hilfsprogrammen wird der Mindestlohn weiterhin per Gesetz durch das Arbeitsministerium festgelegt, nach Konsultationen mit den Sozialpartnern. Zum 1.2.2019 wurde der Mindestlohn auf 650 Euro angehoben, der geringere Mindestlohn für unter 25-Jährige wurde abgeschafft. Kriterien für die Festlegung des Mindestlohns sind Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und die allgemeine Situation der griechischen Wirtschaft.

Die Gewerkschaft GSEE nimmt am tripartiten sozialen Dialog im Rahmen verschiedener nationaler Institutionen teil, wie beispielsweise der griechischen Arbeitsagentur OAED, des Einheitlichen Trägers für Sozialversicherung EFKA oder des nationalen Wirtschafts- und Sozialausschusses OKE. Dieses relativ neue Gremium wurde nach dem Vorbild des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses angelegt, umfasst Vertreter_innen der Sozialpartner, der Parteien und der Zivilgesell-

schaft und wird vor relevanten Gesetzesvorhaben beratend tätig. Es ist schwer abzuschätzen, ob und inwieweit die Gewerkschaftsvertretungen tatsächlich gestalterischen Einfluss auf sozialpolitische Entscheidungen haben.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die griechischen Gewerkschaften haben in den vergangenen zehn Jahren massiv an Einfluss, Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Gestaltungsmacht verloren. Dementsprechend ist ihr politisches Gewicht derzeit äußerst gering. Die Tatsache, dass es traditionell keinen institutionell verankerten Sozialdialog gibt, hat zu ihrer Schwächung maßgeblich beigetragen.

Gewerkschaften gelten gemeinhin als unglaubwürdig, ineffektiv, klientelistisch organisiert und parteienabhängig. So gaben im Jahr 2013 in einer Meinungsumfrage 95,2 Prozent der Befragten an, Gewerkschaften hätten nichts oder sehr wenig unternommen, um die soziale Kahlschlagpolitik zu verhindern. Zwei Jahre vorher, also noch relativ zu Beginn der Krise, gaben nur 7 Prozent der Befragten an, dass sie Vertrauen in die Gewerkschaftsführer hätten.¹

Die griechischen Gewerkschaften haben sich jahrzehntelang im Kampf um Pfründe zu eng an die politischen Parteien und an staatliche Unternehmen gebunden. Während der Krise wurde ihnen sowohl von den Gläubigern als auch der Gesellschaft Mitschuld an der Eskalation der sozialen und arbeitsmarktpolitischen Situation vorgeworfen. Wenig hilfreich war hierbei auch die Haltung der seit 2015 an der Macht befindlichen Regierungskoalition SYRIZA-ANEL, Gewerkschaften als Verhandlungspartner außen vor zu lassen. Dabei hat die Krise als Katalysator die bereits vorhandenen und über Jahrzehnte gewachsenen »Pathologien« des griechischen Gewerkschafts-systems lediglich ans Licht gebracht und verschärft.

Angesichts dieser eher düsteren Bestandsaufnahme sind die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen immens. Es geht um die Rückgewinnung des Vertrauens, um personelle Erneuerung, die Überwindung parteipolitischer Abhängigkeiten, die Entwicklung innovativer Instrumentarien zur Artikulierung der Interessen ihrer Mitglieder, die Rekrutierung neuer Mitglieder (z.B. Migrant_innen) und eine verbesserte Repräsentation von Frauen und jungen Menschen. Die Gewerkschaften müssen ihre Rolle als Reform-Verhinderer ablegen und sich als relevanter Akteur im Prozess der Politikgestaltung neu erfinden. Dazu gehört neben personeller Erneuerung – der GSEE-Vorsitzende Panagopoulos ist beispielsweise seit 2006 im Amt – auch die Überwindung der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

¹ Vogiatzoglou, Markos: Die griechische Gewerkschaftsbewegung: Protest- und Sozialbewegungen im Kontext der Austeritätspolitik, in: WSI Mitteilungen 5/2014, S. 361–368 (S. 363)